




Geschäftsordnung für den Investitions-, Finanz- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats der Infineon Technologies AG

Fassung August 2020



Der Investitions-, Finanz- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats der Infineon Technologies AG („Ausschuss“) gibt sich die folgende Geschäftsordnung:

§ 1 Allgemeines


Der Ausschuss führt seine Geschäfte nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und nach dieser Geschäftsordnung und orientiert sich zudem an den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex, soweit nicht in der Entsprechenserklärung Abweichungen erklärt werden. Seine Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten, es sei denn, Gesetz, Satzung oder die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat oder diese Geschäftsordnung bestimmen etwas Anderes. Die Mitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur dem Unternehmensinteresse verpflichtet.

§ 2 Zusammensetzung des Ausschusses

- (1) Dem Ausschuss gehören zwei Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und zwei Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer an, die jeweils mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt werden. Der Aufsichtsrat bestimmt ein Ausschussmitglied zum Ausschussvorsitzenden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (2) Mindestens ein Mitglied muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Die Mitglieder müssen in ihrer Gesamtheit mit dem Sektor, in dem die Gesellschaft tätig ist, also der Halbleiterbranche, vertraut sein. Der Ausschussvorsitzende soll über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen sowie mit der Abschlussprüfung vertraut sein.
- (3) Die Mehrheit der Mitglieder, darunter der Ausschussvorsitzende, muss unabhängig sein.


§ 3 Aufgaben des Ausschusses


- (1) Der Ausschuss hat die durch geltende Rechtsvorschriften, Beschluss des Aufsichtsrats oder die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats ihm übertragenen Aufgaben. Die Aufgaben des Ausschusses umfassen insbesondere:
- a) Fragen der Rechnungslegung, insbesondere die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses sowie die Unterbreitung von Empfehlungen oder Vorschlägen zur Gewährleistung der Integrität des Rechnungslegungsprozesses;
 - b) Vorbereitung der Entscheidung des Aufsichtsrats über die Billigung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie über den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands und die Zustimmung zur nichtfinanziellen Erklärung bzw. zum nichtfinanziellen Bericht; zu diesem Zweck obliegt ihm die Vorprüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des zusammengefassten Lageberichts, des Vorschlags für die Gewinnverwendung und der nichtfinanziellen Erklärung/des nichtfinanziellen Berichts sowie die Erörterung des Prüfungsberichts mit dem Abschlussprüfer;
 - c) Prüfung von zu veröffentlichenden Zwischenfinanzberichten nach den Vorgaben von §§ 115, 117 Wertpapierhandelsgesetz und Erörterung mit dem Vorstand;
 - d) Fragen der Auswahl und der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers einschließlich der Einholung einer Unabhängigkeitserklärung, Abgabe einer Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats zur Wahl des Abschlussprüfers, des Weiteren Erteilung des Prüfungsauftrags für den Jahres- und Konzernabschluss und für die prüferische Durchsicht von Zwischenfinanzberichten an den Abschlussprüfer, einschließlich Festlegung von Prüfungsschwerpunkten, ferner Erteilung des Prüfungsauftrags für die nichtfinanzielle Erklärung/den nichtfinanziellen Bericht, Zustimmung zur Erbringung von Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer und Ausübung der Aufsicht über den Abschlussprüfer, einschließlich Überwachung der vom Abschlussprüfer erbrachten Nichtprüfungsleistungen, Prüfung der Qualität der Abschlussprüfung;
 - e) Vorbereitung der Entscheidung des Aufsichtsrats über eine Prüfung der nichtfinanziellen Erklärung/des nichtfinanziellen Berichts;
 - f) Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems;

- 
- g) Zustimmung zu Beschlüssen des Vorstands über eine Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital einschließlich der Zustimmung zu Beschlüssen über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre;
- h) Zustimmung zu Beschlüssen des Vorstands zur Ausnutzung einer durch die Hauptversammlung eingeräumten Ermächtigung über die Ausgabe von Options- oder Wandelschuldverschreibungen und des damit verbundenen bedingten Kapitals einschließlich der Zustimmung zu Beschlüssen über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre;
- i) vorbehaltlich der vom Aufsichtsrat nach § 12 Abs. 1 lit. b) der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegten Konzernverschuldungsgrenze Zustimmung zu Verschuldungsmaßnahmen (einschließlich der Vereinbarung von Kreditlinien), deren Nominalbetrag im Einzelfall 1,2 Milliarden Euro übersteigt; keiner Zustimmung bedürfen aber
- konzerninterne Verschuldungsmaßnahmen;
 - vorbehaltlich lit. h) sämtliche weiteren Verschuldungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Rückführung bzw. Ablösung der Cypress-Akquisitionsfinanzierung i.H.v. 6,9 Milliarden Euro; dies umfasst insbesondere Anpassungen der Akquisitionsfinanzierung (etwa Änderungen von Laufzeiten einzelner Tranchen) sowie Refinanzierungsmaßnahmen wie zum Beispiel die Aufnahme von Krediten oder die Begebung von Fremdkapitalinstrumenten an öffentlichen oder privaten Märkten, unter anderem Anleihen, Schuldscheine oder sonstige Privatplatzierungen, jeweils zu marktüblichen Bedingungen und Laufzeiten und sofern diese entweder in der Konzernberichtswährung Euro erfolgen oder etwaige Wechselkursrisiken adäquat gesichert sind.

Über Verschuldungsmaßnahmen, die nach dieser lit. i) keiner Zustimmung bedürfen, aber die Standards der üblichen Geschäftstätigkeit überschreiten, hat der Vorstand sowohl den Investitions-, Finanz- und Prüfungsausschuss als auch das Aufsichtsratsplenum zeitnah zu informieren, in der Regel anlässlich der regulären Sitzung im nächstfolgenden Quartal; ausgenommen von dieser Informationspflicht sind konzerninterne Verschuldungsmaßnahmen.

- j) Zustimmung zu sonstigen Finanzmaßnahmen, soweit deren Wert im Einzelfall den Betrag von 600 Millionen Euro überschreitet; keiner Zustimmung bedürfen aber
- konzerninterne Finanzmaßnahmen;

- 
- sämtliche Finanzmaßnahmen, die der Steuerung der Liquidität im Rahmen der geltenden Anlage-Richtlinien gemäß der Group Treasury Policy dienen;
 - sämtliche Finanzmaßnahmen, die der Absicherung der geschäftsüblichen Finanzrisiken, insbesondere des Zins- und des Währungsrisikos dienen, soweit diese Maßnahmen nicht spekulativer Natur sind. Spekulativer Natur sind Maßnahmen, denen kein operatives Geschäft der Gesellschaft oder einer Konzerngesellschaft zugrunde liegt, d.h. die nicht dazu dienen, ein anderweitig geschäftlich begründetes Risiko abzusichern;
 - sämtliche Finanzmaßnahmen, die im Zusammenhang mit einer nach lit. i) zustimmungsfreien Verschuldungsmaßnahme stehen;
- k) Vornahme von Fassungsänderungen der Satzung, soweit diese aus den Zuständigkeiten des Ausschusses resultieren;
 - l) Vorbereitung von Investitions- und Desinvestitionsentscheidungen des Plenums;
 - m) Überwachung der Wirksamkeit des internen Risikomanagementsystems;
 - n) Überwachung der Wirksamkeit des internen Revisionssystems;
 - o) Erörterung von Fragen der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) und Überprüfung des Compliance-Systems einschließlich der Prüfung von Beanstandungen der Buchführungs- und Prüfungspraktiken der Gesellschaft, die beim Chief Compliance Officer der Gesellschaft eingegangen und zu diesem Zweck an den Ausschuss weiterzuleiten sind;
 - p) Zustimmung zu Geschäften mit nahestehenden Personen gemäß § 111b Aktiengesetz.
 - q) Im Übrigen unterstützt der Ausschuss den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Geschäftsführung. Er kann zu diesem Zweck insbesondere die dem Aufsichtsrat nach § 111 Abs. 2 Aktiengesetz zustehenden besonderen Einsichts- und Prüfungsrechte wahrnehmen.
- (2) Der Ausschuss kann durch seinen Vorsitzenden jederzeit Fragen an den Abschlussprüfer richten und mit diesem erörtern. Er kann vom Abschlussprüfer sämtliche Berichte anfordern, die dieser nach geltenden gesetzlichen oder anderen rechtlichen Vorschriften erstellen muss. Weiterhin kann er mit dem Abschlussprüfer Probleme bei oder im Zusammenhang mit der Abschlussprüfung erörtern.


- 
- (3) Der Ausschuss berichtet über seine Arbeit durch seinen Vorsitzenden an den Aufsichtsrat; die Berichte erfolgen in den regelmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrats; in dringenden Fällen unterrichtet der Ausschussvorsitzende den Aufsichtsrat auch außerhalb von Sitzungen. Der Ausschuss beurteilt regelmäßig, wie wirksam er seine Aufgaben erfüllt; diese Prüfung kann auch im Rahmen der Selbstbeurteilung des Aufsichtsrats erfolgen.


§ 4 Einberufung von Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Ausschusses finden mindestens einmal in jedem Kalendervierteljahr statt. Weitere Sitzungen sind einzuberufen, wenn dies erforderlich ist.
- (2) Die Sitzungen des Ausschusses beruft der Ausschussvorsitzende schriftlich oder elektronisch mit einer Frist von mindestens zwei Wochen ein. In dringenden Fällen kann der Ausschussvorsitzende diese Frist bis auf drei Tage abkürzen und die Sitzung auch telefonisch oder mündlich einberufen. In allen Fällen der Einberufung werden der Tag der Absendung der Einberufung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet; für die Wahrung der Frist genügt die Absendung.
- (3) Mit der Einberufung sind Ort und Zeit der Sitzung sowie die Gegenstände der Tagesordnung mitzuteilen. Unterlagen zur Sitzungsvorbereitung sollen spätestens eine Woche, rechnungslegungsbezogene Unterlagen drei Tage vor der Sitzung schriftlich oder elektronisch zur Verfügung gestellt werden. Erfolgt die Einberufung nach Abs. 2 Satz 2, sind die Unterlagen spätestens in der Sitzung zur Verfügung zu stellen.
- (4) Die Sitzungen des Ausschusses finden grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt. In Ausnahmefällen kann der Ausschussvorsitzende einen anderen Ort bestimmen.

§ 5 Sitzungen und Beschlussfassung


- (1) Die Sitzungen des Ausschusses werden durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Er bestimmt die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung behandelt werden, und die Art und Reihenfolge der Abstimmungen. Der Ausschussvorsitzende kann nach pflichtgemäßem Ermessen eine einberufene Sitzung aufheben oder verlegen oder die Behandlung einzelner Tagesordnungspunkte auf die nächste Sitzung vertagen.

- 
- (2) Die Sitzungen des Ausschusses können auch mithilfe elektronischer Kommunikationsmittel (z.B. in Form einer Telefon- oder Videokonferenz) abgehalten werden. Einzelne Ausschussmitglieder können mithilfe elektronischer Kommunikationsmittel (z.B. im Wege der Telefon- oder Videoübertragung) zugeschaltet werden.
 - (3) Beschlüsse des Ausschusses werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Eine Beschlussfassung des Ausschusses kann auf Veranlassung des Ausschussvorsitzenden aber auch außerhalb von Sitzungen, entweder in schriftlicher Form im Umlaufverfahren oder durch schriftlich, elektronisch, telefonisch oder mündlich an den Ausschussvorsitzenden übermittelte Stimmabgaben erfolgen. Ein Widerspruch hiergegen ist nicht zulässig. Telefonisch oder mündlich übermittelte Stimmabgaben sind durch das Aufsichtsratsmitglied schriftlich oder elektronisch zu bestätigen; der Beschluss kommt aber bereits mit der telefonisch bzw. mündlich übermittelten Stimmabgabe zustande.
 - (4) Bei Sitzungen abwesende Ausschussmitglieder können auch dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie ihre Stimme gegenüber dem Ausschussvorsitzenden schriftlich, elektronisch, telefonisch oder mündlich abgeben. Telefonisch oder mündlich übermittelte Stimmabgaben sind durch das Aufsichtsratsmitglied schriftlich oder elektronisch zu bestätigen; der Beschluss kommt aber bereits mit der telefonisch bzw. mündlich übermittelten Stimmabgabe zustande.
 - (5) Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Jede Form der Stimmabgabe – auch die Stimmenthaltung – gilt dabei als Teilnahme an der Beschlussfassung. Eine Beschlussfassung soll möglichst nur dann erfolgen, wenn auch der Ausschussvorsitzende an der Beschlussfassung teilnimmt.
 - (6) Der Ausschuss beschließt, soweit sich nicht aus zwingenden gesetzlichen Vorschriften, aus der Satzung, der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat oder aus dieser Geschäftsordnung etwas Anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit hat bei einer erneuten Abstimmung über denselben Gegenstand, wenn auch sie Stimmengleichheit ergibt, der Ausschussvorsitzende zwei Stimmen.
 - (7) Über Gegenstände der Tagesordnung, die nicht ordnungsgemäß angekündigt wurden, kann in der Sitzung nur Beschluss gefasst werden, wenn vor der Beschlussfassung kein anwesendes Ausschussmitglied widerspricht. Abwesenden Ausschussmitgliedern ist in einem solchen Fall innerhalb einer vom Ausschussvorsitzenden zu bestimmenden angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, der Beschlussfassung zu widersprechen oder ihre Stimme schriftlich, elektronisch, telefonisch oder mündlich abzugeben. Der



Beschluss wird erst wirksam, wenn kein abwesendes Ausschussmitglied innerhalb der Frist widersprochen hat.

- (8) Vor der Beschlussfassung über die Zustimmung zu Geschäften mit nahestehenden Personen gemäß § 3 Abs. 1 p) hat der Ausschuss zu prüfen und festzustellen, dass kein Ausschussmitglied eine an dem konkreten Geschäft beteiligte nahestehende Person ist und der Ausschuss mehrheitlich mit Personen besetzt ist, bei denen keine Besorgnis eines Interessenkonflikts besteht.
- (9) Über die Sitzungen und Beschlüsse des Ausschusses sind Niederschriften anzufertigen; die Beschlüsse sind vom Ausschussvorsitzenden und die Sitzungsniederschriften außerdem vom Protokollführer zu unterzeichnen. Jedem Ausschussmitglied ist eine Abschrift zuzuleiten. In der Niederschrift über eine Sitzung sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Ausschusses anzugeben. Jedes Ausschussmitglied hat das Recht, die Protokollierung seiner Stimmabgabe im Ausschuss zu verlangen. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn kein Ausschussmitglied dieser zu Beginn der nächsten Sitzung nach Zugang der Niederschrift widerspricht. Abweichend von Satz 1 gilt bei Beschlüssen in schriftlicher Form im Umlaufverfahren der Beschlusstext als Niederschrift; er ist von den dem Beschluss zustimmenden Ausschussmitgliedern zu unterzeichnen.
- (10) Der Ausschussvorsitzende bestellt den Protokollführer und entscheidet über die Zuziehung von Dritten (insbesondere Beratern, Mitarbeitern der Gesellschaft und sonstigen Auskunftspersonen) in Bezug auf einzelne Gegenstände der Tagesordnung. Sofern Dritte an Ausschusssitzungen teilnehmen, die nicht von Berufs wegen oder aufgrund einer Vereinbarung mit der Gesellschaft oder einem ihrer verbunden Unternehmen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, ist eine gesonderte Verschwiegenheitserklärung einzuholen.
- (11) Zu den Ausschusssitzungen können auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden auch Vorstandsmitglieder hinzugezogen werden.



§ 6 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am 6. August 2020 in Kraft.

Etwaige nachfolgende Änderungen werden mit ihrer jeweiligen Beschlussfassung oder dem im Änderungsbeschluss genannten Zeitpunkt wirksam.

* * *